

Staatsbankrotte? - Wann?

[Hyperinflationen](#), siehe auch [hier \(Seite 168\)](#), und aus ihnen resultierende sogenannte Währungsreformen gab es schon viele. Häufig waren die Ursachen Kriege, wofür die kriegführenden Staaten viel Geld benötigten, welches sie aus dem Nichts erzeugten bzw. neu druckten, um damit die Kriege zu finanzieren.

Solches Geld, das aus dem Nichts erschaffen wird und keinen materiellen Gegenwert hat, d.h., nicht durch Produktivität oder Dienstleistungen erarbeitet wurde, schwächt die entsprechende Währung und erzeugt Inflation. Die Währung wird entwertet – die Kaufkraft des Geldes verringert sich.

Wird die Geldvermehrung einer Staatswährung stark ausgeweitet, muss es im Laufe der Zeit immer dann zu einer Hyperinflation kommen, wenn dieses neue Geld vom Staat gegen Zinsen von der Zentralbank geliehen werden muss, das diese im Moment dieser Kreditvergabe aus dem Nichts erzeugt, das Geld für die dafür verlangten Zinsen jedoch (noch) nicht. In diesem Fall können diese Zinsen - Zinsen auf "aus dem Nichts" erschaffenes Geld - nur dann bezahlt werden, wenn sie wiederum von der Zentralbank geliehen werden, also wieder durch Geldvermehrung erschaffen werden u.s.w.

Dieser sich selbst beschleunigende Prozess der Geldvermehrung gehorcht einer Exponentialfunktion, deren Anstieg im Laufe der Zeit immer steiler werden muss. Das heißt, in gleichen Zeitabständen muss der Staat immer mehr Geld für die Zinszahlungen leihen. Der Anteil der Ausgaben des Staates, für die er keinerlei materiellen Gegenwert erhält, steigt kontinuierlich und exponentiell an.

Praktisch sieht das dann [z.B. so](#) (Quick Time 7.6.5 erforderlich) aus, bzw. wie in [der Grafik dieses Artikels](#).

Beides – Geldmenge und Staatsschulden – sind zwei Seiten derselben Medaille. Erschreckenderweise funktioniert das Geldsystem z.Zt. fast überall auf der Welt so.

Von Hyperinflation spricht man, wenn als Folge dieser Geldvermehrung das Geld, die Währung, für alle spürbar in immer kürzeren Zeitabständen, am Ende sogar täglich, wertloser wird.

Eine Währungsreform wird spätestens dann notwendig, wenn die Hyperinflation so weit fortgeschritten ist, dass das Geld nicht nur seine Funktion als Wertaufbewahrungsmittel verloren hat, sondern sogar als Zahlungsmittel ungeeignet wird.

„In den meisten Fällen besteht eine Währungsreform aus einer gesetzlichen Änderung der Währungsverfassung, die einen Umtausch alter Währungseinheiten zu einem staatlich festgelegten Wechselkurs in Einheiten der neuen Währung. Oft gelten dabei unterschiedliche Umrechnungskurse für Bargeld, Bankguthaben und Verbindlichkeiten. Findet lediglich eine einfache Umrechnung aller Preise und Werte zu einem einheitlichen Kurs statt, so spricht man auch von einer Währungsumstellung. In der Regel ist mit einer Währungsreform auch eine Änderung des Namens der Währung verbunden.“

[Hier](#) können Sie auch nachlesen, aus welchen Gründen Währungsreformen durchgeführt wurden und werden.

Die Währungsreform von 1923

Die Weimarer Republik war für die Menschen in Deutschland eine schwierige Zeit. Die Wirtschaft lag am Boden und zusätzlich belasteten die hohen Wiedergutmachungsleistungen aus dem Versailler Vertrag das Land.

Im Artikel 235 dieses Vertrages steht u.a.:

„Damit die alliierten und assoziierten Mächte schon jetzt den Wiederaufbau ihres industriellen und wirtschaftlichen Lebens in Angriff nehmen können, zahlt Deutschland vor Feststellung der endgültigen Höhe ihrer Ersatzansprüche während der Jahre 1919 und 1920 und in den ersten vier Monaten des Jahres 1921 den Gegenwert von 20 Milliarden (zwanzig Milliarden) Mark Gold in Anrechnung auf die obigen Forderungen, und zwar in soviel Raten und in den Arten (in Gold, Waren, Schiffen, Wertpapieren oder auf andere Weise), wie die Wiedergutmachungskommission sie festsetzen wird.

In Anrechnung auf diese Summe sind zuerst die Kosten des Besatzungsheeres seit dem Waffenstillstand vom 11. November 1918 zu zahlen; ferner können auch diejenigen Mengen von Nahrungsmitteln und Rohstoffen, welche...

Mehr [unter](#):

Schlichtweg, die Kriegsfolgen waren verheerend. Durch die hohe Arbeitslosigkeit und die damit geringeren Staatseinnahmen war es kaum möglich, den Reparationszahlungen nachzukommen. In den Jahren zuvor (1918/19) betrugen die Reichsschulden etwa 157 Milliarden Mark. Zum Inflationshöhepunkt im Jahr 1923 vervielfachten sich die Schulden auf etwa 6,67 Billionen Mark.

Von 1917 bis 1918 stieg die Inflationsrate auf 37,78 Prozent. Und zu Zeiten der Hyperinflation, bzw. kurz vor der Währungsreform 1923, lag die Inflationsrate bei unvorstellbaren **10,57 Mrd.** Prozent.

Während dieser Zeit herrschte die blanke Not. Nach dem Motto, „Zeit ist Geld“, wurden Tagesgehälter in Wäschekörben oder Koffern in die Geschäfte getragen, um dort die notwendigen Käufe von Lebensmitteln oder anderen Gebrauchsgütern zu tätigen, bevor das Geld, die Mark, am nächsten Tag weiter an Wert verlieren würde. Für die gewaltigen Geldmengen, die täglich größer wurden, gab es keine entsprechenden materiellen Gegenwerte im Land.

Z.B. kostete im Oktober 1922 ein Roggenbrot 23 Mark. Im Juli des folgenden Jahres bereits 2.000 Mark, und wenige Monate später, im Herbst, sagenhafte 260 Millionen Mark. Um das ganze Geld zu drucken, das während des Höhepunktes der Hyperinflation täglich in Umlauf gebracht werden musste, waren ca. 30.000 Menschen beschäftigt. Etwa 133 Fremdfirmen arbeiteten rund um die Uhr mit knapp 1800 Druckmaschinen für die Reichsdruckerei, um das notwendige, immer wieder schnell wertlos werdende Papiergeld herzustellen.

Durch die Hyperinflation war die Mark-Währung nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland ruiniert. Es musste dringend ein funktionsfähiges sowie glaubwürdiges Geld- bzw. Währungssystem geschaffen werden, welches nicht mehr durch die Druckerpresse zerstört werden konnte.

Am 15. November 1923 endete das Debakel der Hyperinflation mit der Ausgabe der **Rentenmark**. Als Sicherheit dieser Übergangswährung wurde eine unabhängige "**Deutsche Rentenbank**" geschaffen, der 3,2 Milliarden Rentenmark zur Verfügung standen, gedeckt durch eine Hypothek auf das deutsche Gewerbe und die deutsche Landwirtschaft. Die alte Reichsbank beendete fortan die Ausgabe neuer Schuldtitel.

Wenige Tage später, am 20. November, wurde durch die Reichsbank der Wechselkurs zur Papiermark mit 1:1 Billion festgesetzt. Entsprechend der Vorkriegs-Goldmarkparität zum Golddollar entsprach der Umtauschkurs 4,2 Billionen Papiermark = 1 US-Dollar. Nicht nur das damit die 12 Nullen auf den Scheinen gestrichen wurden, die Rentenmark war wieder durch einen Gegenwert (Rentenpapiere über Sachwerte von 3,2 Milliarden Goldmark) gedeckt, sondern auch durch zu verzinsende Rentenbankbriefe ab 500 Goldmark, bzw. deren Vielfachen, gesichert.

Die **Rentenmark**, die zwar nicht als gesetzliches Zahlungsmittel galt, weil kein Zwang bestand, sie als Zahlungsmittel anzunehmen, wurde aber vom Volk akzeptiert. Die Inflation war somit zunächst gestoppt.

Die neue, provisorische Währung stabilisierte sich schnell. Am 30. August 1924 wurde durch das neue Bankgesetz das Währungssystem mit der Einführung der **Reichsmark** endgültig besiegelt. Entsprechend war fortan die **Reichsmark** offizielles Zahlungsmittel und entsprach einer **Rentenmark**. In Feingold umgerechnet waren es 0,35842 Gramm. Der Umtausch von Renten- zur Reichsmark erfolgte bis zum 5. Juli 1925.

Ab diesem Zeitpunkt erhielt die Reichsbank ihre vollständige Souveränität zurück. Allerdings mussten die Reichsbanknoten mindestens zu 40% in Gold oder Devisen gedeckt sein. Der Rest der Deckung konnte in guten Handelswechseln erfolgen. Dafür waren entsprechende Gold- und Devisenreserven notwendig, damit bei freien Wechselkursen der Außenwert der Reichsmark stabil gehalten werden konnte, um einen störungsfreien Außenhandel zu ermöglichen.

Die Währungsreform von 1948

Während des 2. Weltkrieges wurde, um Krieg führen zu können, wie bereits im 1. Weltkrieg Geld aus dem Nichts geschöpft. Kriege können nun mal nicht aus der Portokasse finanziert werden. Nur mit Krediten, bzw. Schulden, lassen sich Kriege finanzieren und ausführen. Über den Schwachsinn und Unsinn von Kriegen möchte ich aber in diesem Kontext nicht weiter philosophieren. Die schrecklichen 6 Jahre endeten im Mai 1945.

Von 1945 bis 1948 wuchs der Geldüberhang immer weiter und führte letztendlich zur Zerrüttung der Reichsmarkwährung. Wegen der Ausgabe von Besatzungsgeld nahm die Geldmenge stetig zu, während sich das Güterangebot durch Einschränkungen bei der landwirtschaftlichen Produktion verringerte. Die Reichsmark verlor immer mehr die Funktion als Zahlungsmittel. Die Folge: Flucht in Sachwerte.

So kam es, dass die drei westlichen Militärregierungen den [Colm-Dodge-Goldsmith-Plan](#) verabschiedeten und als Stichtag der Währungsreform der 21. Juni 1948 festgelegt wurde. Vorab wurden in den einzelnen Bundesländern selbständige Landeszentralbanken sowie die „**Bank Deutscher Länder**“ als Zentralbank der Landeszentralbanken eingerichtet.

Über den Ablauf und die Durchführung der Währungsumstellung wurde die Bevölkerung am 18. Juni 1948 per Rundfunk und durch Aushänge informiert. Zum Stichtag, dem 21. Juni, wurde die D-Mark (DM) als allein gültiges Zahlungsmittel eingeführt. Die alte Reichsmark war ab diesem Zeitpunkt nicht mehr gültig.

Jede Person bekam als Erstausrüstung einen Betrag von 40,- DM und einen Monat später nochmals 20,- DM ausgezahlt. Forderungen und Verbindlichkeiten wurden mit einem Kurs von 10:1 (10 Reichsmark = 1 DM) umgestellt. Laufende Verbindlichkeiten wie Löhne und Mieten im Kurs 1:1.

Bargeld und Sparguthaben wurden im Verhältnis 100:6,5 (100 RM = 6,5 DM) umgetauscht.

Für Berlin allerdings galt ein Sonderstatus. Von sowjetischer Seite gab es am 22. Juni 1948 ein Veto. Die Anordnung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD), die geplante Währungsreform in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) in allen vier Berliner Sektoren durchzuführen, wurde von den westlichen Stadtkommandanten abgelehnt.

Letztendlich führte es dazu, dass die Westalliierten die DM im Westteil der Stadt zum alleinigen gesetzlichen Zahlungsmittel erklärten, und im Ostsektor als Zahlungsmittel die Ostmark vorgesehen wurde. Als erste Tauschkurse kamen Verhältnisse von 1:2,2 (1 DM = 2,2 Ostmark) zustande. Später gab es Veränderungen auf Verhältnisse von eins zu vier bis sieben Ostmark.

Bis 1945 deckten die Steuereinnahmen gerade einmal 29,2% des gesamten Geldbedarfes in Höhe von 657 Mrd. RM. Die Reichsschulden betragen 1938 insgesamt 19,1 Mrd. RM. Sie stiegen bis Kriegsende auf 379,8 Mrd. RM an. Der Bargeldumlauf lag 1938 bei 8,5 Mrd. RM und erhöhte sich bis 1945 auf etwa 70 Mrd. RM.

Währungsexperten erkannten schon vor Kriegsende die aussichtslose Lage der Reichsmark und waren der Ansicht, dass es ohne Neuordnung des Geldwesens keinen wirtschaftlichen Aufschwung geben könne.

Es gab einige Gründe, die die Amerikaner dazu veranlassten, das neue Geld bereits Monate vor der Währungsreform in den USA zu drucken. Zum einen wegen des Fehlens größerer Mengen geeigneten Papiers, aber auch wegen mangelnder Druckkapazitäten in Deutschland. Die letzten Geldscheine im Wert von 10,4 Mrd. DM waren bis März 1948 fertig gedruckt. Über Bremerhaven wurden sie unter dem Decknamen "**Bird Dog**" nach Frankfurt/Main transportiert. Von dort aus wurden die Geldscheine zu den jeweiligen Landeszentralbanken befördert, die die Geldscheine zwei Tage später an die entsprechenden Ausgabestellen weiterleiteten.

Wenige Tage vor Ausgabe der neuen DM-Währung stiegen die Reichsmarkpreise massiv an. Waren wurden gehortet. Die noch vorhandene Reichsmark wurde, soweit noch möglich, in knappe Güter umgesetzt. Doch schon wenige Tage nach Einführung der neuen DM-Währung gab es wieder genügend Waren in den Geschäften.

Der Aufschwung konnte beginnen.

An dieser Stelle möchte ich die geschichtlichen Hintergründe der beiden Währungsreformen aus dem letzten Jahrhundert beenden. Weiterführende Informationen entnehmen Sie bitte aus den angegebenen Quellen am Ende des Artikels.

Inflation

Seit geraumer Zeit vermitteln uns die Mainstream-Medien und das Statistische Bundesamt, dass sich die Inflation im Euroraum in etwa um die Null-Prozent bewegt. Ist das wirklich so? Nun, betrachtet man die Kosten für Energie, so ist festzustellen, dass diese in den letzten Jahren stetig zugenommen haben. Ob bei Strom, Gas usw., nicht nur die privaten Haushalte, sondern auch energieintensive Unternehmen haben darunter zu leiden.

Und die Preisanstiege werden munter weiter gehen. Lesen Sie hier, [welche Stromkonzerne am kräftigsten zulangen](#) und die Energiepreise zu Jahresbeginn um bis zu 14% erhöhen. Oder wird nur das Geld wertloser und sie verlangen lediglich einen Inflationsausgleich?

Und was ist mit den Löhnen? Von zweistelligen Lohnerhöhungen im Prozentbereich profitieren doch nur Manager, die für Missmanagement und Versagen belohnt werden und für Massenentlassungen verantwortlich sind.

Täglich kommen sogenannte Experten zu Wort, ob in Printmedien oder in Talkshows, die nicht selten der Meinung sind, dass uns eine Deflation wie in den letzten 20 Jahren in Japan erwartet. Alles nur dummes Geschwätz, oder wollen sie uns damit nur Beruhigungspillen verabreichen?

Ist alles das, was bislang in den Lehrbüchern steht, mittlerweile hinfällig, oder haben derartige Experten grundlegende wissenschaftliche Fakten vergessen? Nur soviel zu unseren altbewährten Lehrbüchern. Darin steht z.B.:

Tatsächliche Inflation = Geldmengenwachstum (M3) minus Wirtschaftswachstum (BIP)!

Hierzu ein kleines Rechenbeispiel:

Geht man davon aus, dass im Euroraum die Geldmenge in 2009 um ca. 3% steigt und die Wirtschaftsleistung um etwa 3% sinkt, so läge die tatsächliche Inflationsrate bei 6%. Die hier genannten Zahlen mögen sich sicherlich in die eine oder andere Richtung verschieben. Unser gut ausgetüftelter Warenkorb (ein Lügenkonstrukt?) beschert uns allerdings eher freundlichere Inflationszahlen.

Die folgende Tabelle zeigt die wahre Inflation im Euroraum:

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	1Q.09	2Q.09
Wachstum €-Geldmenge:	7,2%	6,9%	6,5%	7,5%	9,6%	11,2%	9,7%	6,0%	4,3%
Realwachstum BIP EWU:	0,9%	0,7%	2,1%	1,3%	2,7%	2,6%	0,7%	-4,9%	-4,7%
Wahre Inflation:	6,3%	6,2%	4,4%	6,2%	6,9%	8,6%	9,0%	10,9%	9,0%

Quelle: <http://www.goldsilber.org/wahre-inflation.html>

Wer immer noch glaubt, dass wir es mit einer Deflation zu tun haben, sollte sich einfach mal die Produktionszahlen und die Geldmengenausweitung anschauen. Bei immer weniger Produkten, Waren, Dienstleistungen wird immer mehr Geld in das Weltfinanzsystem

gepumpt. Geld, gedruckt aus dem Nichts, um Wachstum zu generieren? Kommt uns doch irgendwie bekannt vor, aber damals ging es darum, Kriege zu finanzieren. Sind wir mittlerweile an den Grenzen des Wachstums angelangt und müssen wieder neues Wachstum durch neue Kriege generieren? Lassen wir diese Frage einfach mal im Raum stehen.

Die historisch niedrigen Zinssätze, die zu einer starken Geldmengenausweitung führen werden, lassen neue Spekulationsblasen entstehen. Durch die größten Konjunkturprogramme aller Zeiten wurden weltweit viele Billionen Dollar an Kredit aufgenommen. Dem vielen Geld stehen wesentlich weniger Waren und Dienstleistungen gegenüber, was letztendlich auch Inflation bedeutet.

Was wir derzeit haben, ist lediglich eine gefühlte Deflation, da das ganze vorhandene Geld bislang noch gar nicht in Umlauf gebracht wurde. So bald aber das Vertrauen in die Wirtschaft zurückkehrt und die Kreditvergabe der Banken wieder zunimmt, wird die Geldmenge und die Umlaufgeschwindigkeit rasant anziehen. Die Preise werden explodieren.

Eine Währungsreform würde den Amerikanern großen Schaden zufügen und das Vertrauen in den Dollar, das eh schon stark angeknackst ist, vollends beschädigen. Ihre Weltmachtstellung wäre dadurch massiv gefährdet. Daher werden die Amerikaner alles daran setzen, die gewaltigen Schulden durch hohe Inflation zu verringern.

Daran haben natürlich die großen Dollar-Gläubiger, insbesondere China, kein Interesse. Die Chinesen und andere Dollar-Gläubiger stecken somit in einer gewaltigen Zwickmühle. Was sollen sie also machen? Werfen sie ihre vielen US-Staatsanleihen auf den Markt, bricht der US-Dollar ein, und ein Verlust der enormen Dollarreserven wäre somit vorprogrammiert. Seit einiger Zeit aber wird immer offenkundiger, dass viele asiatische Staaten sowie die arabischen Ölförderländer, Russland ... etc. ihre Dollarreserven in Rohstoffe und in "[Echtes Geld](#)" (Gold und Silber) ummünzen.

Das Umschichten von Dollarreserven ist noch längst nicht beendet, und somit ist davon auszugehen, dass die Rohstoffpreise weiter anziehen werden, besonders bei Gold, Silber ..., die einen inneren Geldwert besitzen.

Wenn die Inflation langsam Fahrt aufnimmt, möglicherweise schon ab Mitte 2010, denn spätestens dann ist mit steigenden Zinsen zu rechnen, sind mehr denn je Sachwerte gefragt. Dazu zählen u.a. Unternehmensanteile von gesunden Firmen (Aktien), Edelmetalle (physisch), sowie gute Ländereien und ähnliches. Wertbeständige Sachwerte sind vor Inflation (Vermögensverlust) einigermaßen geschützt.

Deflation? War gestern. Die Inflation ist bereits im Anmarsch. Sie wird nur noch der breiten Bevölkerung verschwiegen. Hier nur ein Beispiel von vielen, was demnächst auf viele Haushalte und Verbraucher zukommen wird. [14,1 Prozent höhere Müllgebühren ab Januar](#).

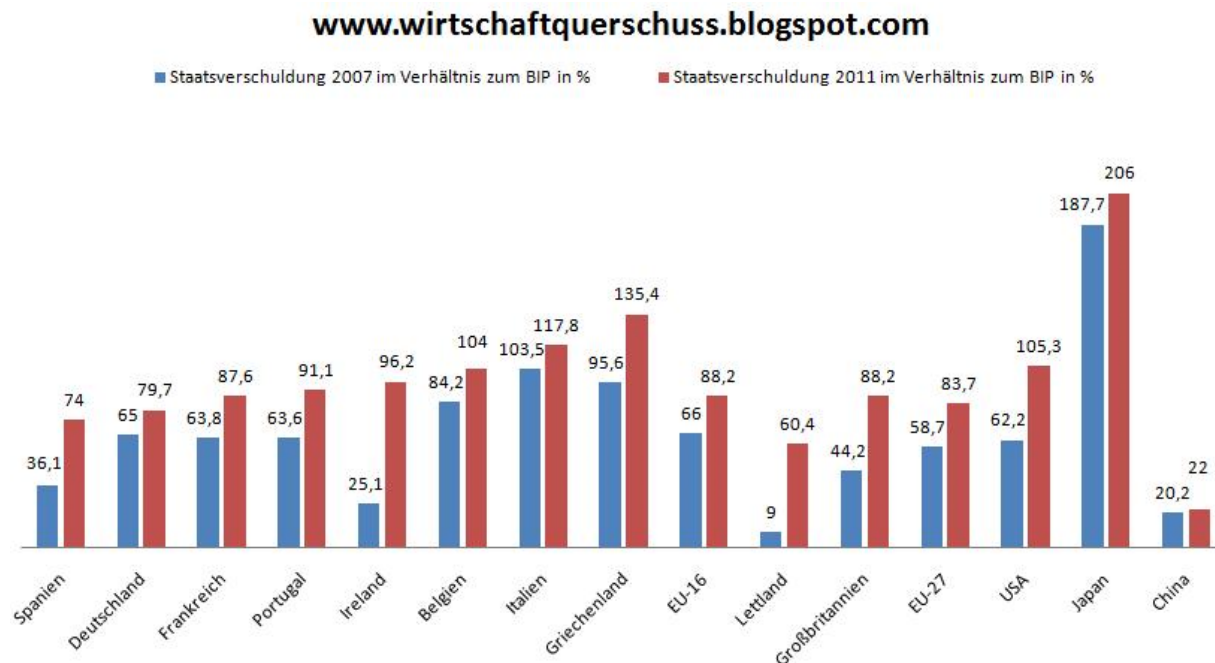
Staatsverschuldung

Die Staatsverschuldungen in den Industrieländern und im EU-Raum nehmen rasant zu. Japan ist absoluter Spitzenreiter. Mit knapp 200 Prozent des BIP ist dieses Land verschuldet. Als nächste folgen die EU-Länder Italien, Griechenland und Belgien.

Die folgende Grafik zeigt, dass die Staatsverschuldungen in den nächsten Jahren in einigen Ländern sogar noch rasant zunehmen werden. In Großbritannien und Spanien wird bis 2011 mit einer Verdoppelung der Staatsverschuldung gerechnet.

Selbst bei dem (noch?) wirtschaftsstärksten Land USA wird von einer über 100-prozentigen Staatsverschuldung in 2011 ausgegangen.

Machen Sie sich bitte selbst ein Bild von dieser Grafik und den möglichen Pleitekandidaten in den kommenden Jahren.



Quelle: <http://wirtschaftquerschuss.blogspot.com/2009/11/staatsverschuldungen-steigen-kraftig.html>

Zu den Profiteuren der Staatsschulden gehören vor allem die Reichen, denn mit ihrem großen Vermögen sind sie die größten Kreditgeber des Staates. Die entsprechenden Zinsen für die Staatsschulden werden aus den Steuereinnahmen bezahlt. Somit zahlt jeder, auch der kleine Arbeiter, die Zinsen an die reichen Kreditgeber. Eine eher unsichtbare Umverteilung von unten nach oben.

Aus Sicht der Reichen machen die Staatsschulden natürlich Sinn. Geldvermögen wächst exponentiell. Legen Sie z.B. einen Betrag von 1 Mio. Euro zu 4% fest an, so verdoppelt sich die Anlagesumme durch den Zinseszinsseffekt in etwa 17,7 Jahren (212 Monate).

Ein Programm zur Zinseszinsrechnung finden Sie hier:

<http://finanz.de/finanztools/zinseszinsrechnung.php>

George W. Bush musste seine Klientel bedienen, und so hat er mal eben in kürzester Zeit die Leistungsbilanzüberschüsse der Clinton-Regierung von etwa 237 Mrd. US-Dollar in ein Defizit von über 607 Mrd. US-Dollar umgewandelt. Staatsschulden zu produzieren ist eben die leichteste Aufgabe unserer Politiker.

Die Bundeskanzlerin scheint diese Kunst ebenfalls zu beherrschen. Sie hatte ja auch diesbezüglich einen guten Lehrmeister, der den Ostdeutschen „**blühende Landschaften**“ versprach.

Schuldzinsen

Die Schuldzinsen nehmen täglich zu. Selbst wenn ich heute eine Zahl nenne, so hat sich diese morgen schon wieder nach oben verändert. Schauen Sie selbst, wie die Schuldzinsen in Deutschland, die Zinsentwicklung pro Sekunde, sowie die Zinsen pro Kopf sich täglich nach oben bewegen. [Hier die Deutsche Zinsuhr](#).

„Wenn die Zinsen wieder steigen, sitzen die westlichen Regierungen in der Schuldenfalle. Im Jahr 2012, so die jüngste Haushaltsprojektion aus dem Schäuble-Ministerium, müssen die Deutschen rund die Hälfte ihrer Lohnsteuer für Zinszahlungen an die Banken überweisen“, so DER SPIEGEL (Nr. 48/23.11.09; S. 80).

Das Problem der gigantischen Staatsschulden sind die Schuldzinsen, die unmöglich beglichen werden können. Und was macht ein hochverschuldeter Staat, um die Schuldzinsen zu zahlen? Er verschuldet sich weiter.

Möglich wären auch drastische Subventionskürzungen (z.B. Steuerbegünstigungen in der Oberschicht) oder andere Einsparungen, aber damit lassen sich keine Wahlen gewinnen. Wie oben bereits erwähnt, müssen die Reichen, das Kapital, bedient werden. Die Lobby bestimmt nun mal die Politik.

Die neue schwarz-gelbe Regierung wird durch angekündigte Steuererleichterungen die Schuldenorgie bzw. die Schuldzinsen weiter in die Höhe treiben.

Staatsschulden und Staatsbankrott

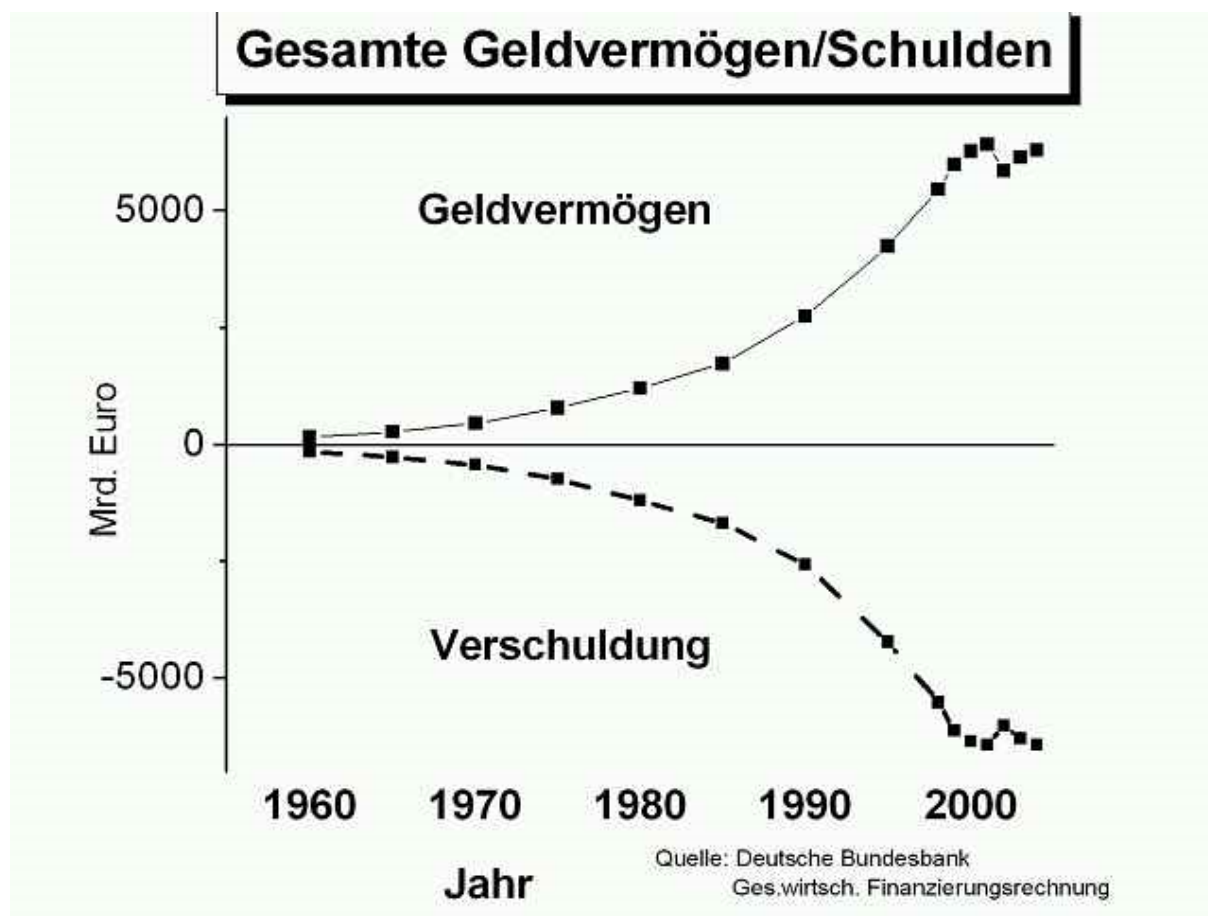
Selbst in den Mainstream-Medien werden in letzter Zeit mögliche Staatsbankrotte immer häufiger thematisiert. Nicht nur in Europa, sondern weltweit sind nicht wenige Länder davon betroffen. Die unendliche Geldvermehrung in vielen Staaten führt unweigerlich zu gigantischen Verschuldungen.

Sind diese wachsenden Staatsschulden bereits Vorboten möglicher Staatsbankrotte? Die Grafik auf Seite 7 zeigt, dass die Staatsschulden im Verhältnis zum BIP in all den dort aufgeführten Ländern in den nächsten Jahren weiter zunehmen werden. De facto sind eigentlich jetzt schon einige Länder bankrott.

Es ist eher unwahrscheinlich, dass z.B. Staaten wie Japan, Griechenland, Italien u.a. jemals aus dieser Schuldenfalle wieder heraus kommen. Selbst die Schulden weginflationieren wird kaum noch helfen. Außer durch eine Hyperinflation, die unweigerlich den Staatsbankrott bedeutet.

Es gibt kaum noch Staaten, wenn überhaupt, die einen ausgeglichenen Haushalt (Ausgaben = Einnahmen) aufweisen können. Wie auch, wenn immer mehr Unternehmen in Konkurs gehen, Arbeitsplätze verschwinden und die Kurzarbeit zunimmt. Die Folge dieser Prozesse: Die Staatseinnahmen (Steuern) brechen massiv ein und im Gegenzug nehmen die Ausgaben des Staates (Sozialleistungen) ungeahnte Ausmaße an.

Folgende Grafik zeigt das Verhältnis von wachsendem Geldvermögen zu steigender Verschuldung in spiegelbildlicher Form. Ein langfristig exponentieller Anstieg mit gelegentlich kleinen Abweichungen wird auch hier deutlich.



Noch im Frühjahr 2009 versicherten uns Politiker und hochrangige Ökonomen, dass die Finanzkrise spätestens Ende 2009/Anfang 2010 überstanden sei. Um keine Panik in der Bevölkerung auszulösen, mussten halt genügend "Beruhigungspillen" verteilt werden. Zudem hat uns die Kanzlerin auch noch versichert, dass die Spareinlagen gesichert sind. Natürlich musste sie dies tun, denn was wäre passiert, wenn beispielsweise nur jeder 10. Bürger sein Vermögen von seiner Bank abgehoben hätte? Das Chaos wäre perfekt gewesen, und nicht wenige Banken ständen heute vor dem Ruin! Aber hätte auch jeder wirklich sein Geld bekommen?

Die Existenz vieler Banken hängt von den Einlagen ihrer Kunden ab, mit denen sie ein Großteil ihrer Geschäfte abwickeln. Lediglich 2% der Kundengelder müssen bei den Banken als Sicherheit hinterlegt werden. Mit dem Rest darf kräftig an den Finanzmärkten „gezockt“ werden – je nach Gier der Bank.

Die größte Gefahr allerdings schlummert in der unvorstellbaren 800 Billionen-Derivate-Zeitbombe. **„Auf jeden US-Dollar Wachstum, der in den USA erzeugt wird, kommen heute 4 USD neue Schulden, gegenfinanziert durch ein gigantisches Ponzi-Schema, das alles bisher da gewesene in der Weltgeschichte in den Schatten stellt. Kursstürze von 20% und mehr an einem Tag an den Leitbörsen der Welt sind deshalb nicht auszuschließen.“**

Mehr hierzu in dem Artikel: [Wehe wenn die Hyper-Blase platzt!](#)

Fazit

Das Geldvermögen und die Staatsverschuldungen werden weiter zunehmen. Die Frage ist nicht ob, sondern wann es zu den ersten Staatsbankrotts kommen wird. Ein Staatsbankrott eines EU-Staates, von dem wir nicht mehr allzu weit entfernt sind, könnte einen Domino-Effekt auslösen.

Die Dubai-Krise ist in diesem Zusammenhang nur ein kleines Mosaiksteinchen. Sie wird bald der Vergangenheit angehören und die Finanzmärkte werden wieder zur Tagesordnung übergehen. Die massive Liquidität (billiges Geld der Notenbanken) sucht weiter nach Anlagemöglichkeiten.

Die Jahresendrallye, von der täglich in den Medien zu lesen und zu hören ist, gehört zum Geschäft und soll lediglich unerfahrene Anleger motivieren, noch in die Märkte einzusteigen.

Jedem sollte bewusst sein, je höher die Aktienkurse steigen, desto größer die Blasenbildung. Mag sein, dass einige Aktien oder Indizes noch 10% oder mehr zulegen, die fundamentalen Daten aber sprechen eine andere Sprache.

Noch wird auf ein gutes Weihnachtsgeschäft spekuliert. In den Medien werden mit Sicherheit keine katastrophalen Meldungen verbreitet, aber fragen Sie mal einige Einzelhändler.

Geringere Löhne, Entlassungen, Kurzarbeit – höhere Energie- u. a. Lebenshaltungskosten! Wo soll da das Geld für den Konsum herkommen?

Glauben Sie nichts, was Ihnen die Politiker erzählen, und ebenso wenig, was Sie in den Mainstream-Medien lesen. In den TV-Medien, bis auf wenige Ausnahmen (aufklärende Reportagen, Kabarett-Sendungen), sieht es auch nicht viel besser aus, was den [Wahrheitsgehalt](#) anbetrifft.

Aufklärungsmedien sind zwar rar, aber es gibt sie dennoch. Schauen Sie hier: [Staatsgeheimnis Staatsschulden](#).

Das immer weiter wachsende Geldvermögen und die im gleichen Verhältnis zunehmende Verschuldung (s. Grafik Seite 9) **muss** früher oder später zu einem finalen Crash führen. Einige EU-Staaten sind nicht mehr allzu weit davon entfernt. Griechenland z.B., hier liegt die Neuverschuldung bei etwa 12,5% vom Bruttosozialprodukt.

Und was ist mit dem Maastrichtvertrag, der eine Staatsverschuldung von 3% zulässt? Alles nur Makulatur? Hochverschuldete EU-Staaten können nicht, im Gegensatz zu früher, ihre heimische Währung abwerten. Das Dilemma einiger hochverschuldeter EU-Staaten ist vorprogrammiert.

Ein möglicher Ausstieg eines EU-Staates aus dem Euro-Währungssystem hätte verheerende Folgen für die EU und den Euro. Es ist aber nicht auszuschließen, dass bereits schon in den kommenden Jahren ein oder sogar mehrere Staaten, allein schon wegen ihrer immensen Staatsschulden, aus dem EU-Verbund aussteigen (müssen), da die Maastricht-Kriterien nicht mehr eingehalten werden können.

Sollte auch nur ein EU-Staat diesen Schritt realisieren, würde das Euro-Währungssystem einen massiven Vertrauensverlust erleiden, zumal dann auch andere hochverschuldete EU-Staaten aus dem Euro-Währungssystem aussteigen würden.

Noch stützen stärkere EU-Staaten die schwächeren EU-Staaten. Wie lange noch? Deutschland und Frankreich stehen wegen ihrer hohen Staatsverschuldungen auch vor größeren Problemen.

Ob das Euro-Währungssystem das nächste Jahrzehnt noch übersteht, bleibt abzuwarten. Einige Staatsbankrotte, sowie Währungsreformen sind nicht auszuschließen.

© Dieter Sordon

Internet: www.krisenfrei.de

Kontakt-Mail: D.Sordon@gmx.net oder info@krisenfrei.de

Die Weiterverbreitung dieses Artikels ist nur mit Quellen- und Autorangabe erlaubt.

05. Dezember 2009

Weiterführende Quellen:

<http://www.toxcenter.de/artikel/Waehrungsreform-1923.php>

<http://www.dhm.de/lemo/html/weimar/versailles/ruhr/index.html>

<http://de.wikipedia.org/wiki/Rentenmark>

<http://www.sgipt.org/politpsy/finanz/schuldp/weimar.htm#Reparations-Kosten%20Versailler%20Vertrag>

<http://www.goldseiten.de/content/kolumnen/artikel.php?storyid=1131>

<http://www.dhm.de/lemo/html/weimar/innenpolitik/inflation/index.html>

http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel_44822?pdf=true

<http://www.sgipt.org/politpsy/finanz/schuldp/weimar.htm#Schulden-Portr%C3%A4t>

<http://www.epochtimes.de/articles/2007/02/08/87463.html>

http://www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919-1933/0020/str/str1p/kap1_2/para2_16.html

<http://www.humonde.de/artikel>

http://www.solide-geld-anlagen.de/pageID_7329149.html